

Aufwertung Sozial- und Erziehungsberufe

1. Hintergrund:

Im Sozial- und Erziehungsdienst teilt die sogenannte S-Tabelle des Tarifvertrages die Beschäftigten vom/von der Kinderpfleger/in über den/die Sozialarbeiter/in, die/den Heilerziehungspfleger/in bis zur Kitaleitung in rund 18 Gehaltsgruppen ein. Die Eingruppierung der Mitarbeiter/innen richtet sich unter anderem nach der Größe der jeweiligen Einrichtung. Eine Erzieher/in verdient als Einstiegsgehalt 2300 Euro brutto und kommt nicht über 3200 Euro brutto. Da sehr viele Erzieherinnen - meist ungewollt - in Teilzeit arbeiten, ist ihr tatsächliches Einkommen jedoch deutlich geringer. Sie müssen dann häufig Zweitjobs annehmen – und ihnen droht Altersarmut. Menschen in sozialen Berufen leisten wichtige und gute Arbeit. Das muss entsprechend bezahlt werden.

In der aktuellen Tarifrunde fordert ver.di für die mehr als 750.000 Beschäftigten in sozialen Berufen bei den Kommunen, bei freien Trägern oder den Kirchen:

- Die Aufwertung sozialer Berufe soll mit einer entsprechenden Bezahlung im Umfang von durchschnittlich 10 Prozent angehoben werden.
- Alle Beschäftigten in diesem Bereich sollen besser eingruppiert werden.
- Eine neue Eingruppierung soll für jede und jeden eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich zehn Prozent bringen
- Die Leitungen sollen künftig nicht mehr nur an Kinderzahlen, sondern alternativ an der Anzahl der Gruppen oder der Zahl der Beschäftigten in der Einrichtung bemessen werden.
- Für die Behindertenhilfe soll es zusätzliche Verbesserungen geben.
- Bei der Zuordnung Beschäftigter zu den einzelnen Stufen sollen Vorbeschäftigungszeiten zwingend anerkannt werden.
- Auch Mitarbeiter, die bestimmte Formalqualifikationen nicht erfüllen, müssen besser eingruppiert werden – zum Beispiel, wenn Sozialassistenten/innen als Erzieher/innen arbeiten.
- Bei vorübergehender Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit soll zudem über die Zahlung des Differenzbetrages verhandelt werden.

Forderungen für die einzelnen Berufen unter <http://www.soziale-berufe-aufwerten.de/information/berufsprofile/>.

2. Antrag

Der Kreistag Ostalbkreis möge beschließen:

Mitarbeiter/innen in Sozial- und Erziehungsberufen leisten eine wichtige und wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft. Sie fördern ein gutes Aufwachsen und eine gute Entwicklung von Kindern, arbeiten in Behinderteneinrichtungen und den vielen Feldern der sozialen Arbeit. Wir bedanken uns für Ihr Engagement, ihre Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit auch in schwierigen Situationen ihre Arbeit gut zu machen. Die Bedeutung der Kindertagesstätten als Lernort und die Qualität in den sozialen Berufen sind in den letzten Jahren enorm gewachsen.

Diese Arbeit, die oft genug von Frauen bewältigt wird, muss besser gewürdigt werden. Dazu sind auch eine gute Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen erforderlich. Deshalb begrüßen wir die aktuellen Tarifverhandlungen für eine bessere Eingruppierung und Bezahlung der Mitarbeiter/innen im Sozial- und Erziehungsdienst.

Der Ostalbkreis braucht gerade in den Kindertagesstätten mehr qualifizierte Kräfte und erwartet von den aktuellen Tarifauseinandersetzungen, dass es mit dem Ergebnis mehr Erzieher/innen möglich ist im Beruf zu bleiben. Sie fordert den kommunalen Arbeitgeberverband auf im Interesse einer guten Personalausstattung die Sozial- und Erziehungsberufe aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen entscheidend zu verbessern.

Gute Qualität und hohe Herausforderungen müssen entsprechend finanziert werden. Die Kommunen benötigen dazu mehr Unterstützung durch Bund und Land, um die Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten und um Einrichtungen und Angebote der sozialen Arbeit in hoher Qualität zu erhalten.

Begründung:

Die Entgelttabelle für die Sozial- und Erziehungsdienste wurde zum Ende des Jahres 2014 gekündigt, seit Mitte März finden die ersten Streiks statt. Ver.di und GEW verhandeln mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Der neue Tarifvertrag wird dann primär für die kommunalen Beschäftigten im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste gelten (z.B. Erzieherinnen in Kitas, Schulsozialarbeiter, Heilpfleger/innen etc.), hat er aber auch Auswirkungen für die Beschäftigten in freien und konfessionellen Einrichtungen.

Die Arbeitssituation in den sozialen und betreuenden Berufsfeldern ist besonders prekär. Die Gehälter sind niedrig, die Teilzeitquote und

Verantwortung dagegen besonders hoch. Oft lastet großer Druck, der Verantwortung für die Betreuten gerecht zu werden, auf den vornehmlich weiblichen Kolleginnen und den Kollegen. Eine gute Bezahlung verhindert Armut im Rentenbezug und das gilt wiederum besonders für Frauen. Es gäbe auch mehr Männer in den Berufen, wenn die Bezahlung besser wäre und auch somit auch eine Familienplanung möglich wäre.

Die kommunale Familie muss einen großen Teil der Kinderbetreuungskosten selbst zahlen, aber auch Eltern werden durch immer höhere Elternbeiträge belastet. Hier sind Bund und Land gefragt, die Städte in unserer Kommune und der Kreis sowie alle anderen Kommunen besser zu fördern und eine gute soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu garantieren. In den Ausbau einer öffentlichen Kinderbetreuung sollten die Steuergelder investiert werden statt mit dem Betreuungsgeld zu vergeuden.